

DerWesten - 14.01.2009

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/nrz/niederrhein/2009/1/14/news-105091152/detail.html>

Bildung

## Streit um die Fachhochschule

**NRZ** Niederrhein, 14.01.2009, Andreas Gebbink



**Kamp-Lintforts Bürgermeister ist mit der Entscheidung für Kleve als Hauptsitz überhaupt nicht einverstanden.**

**AM NIEDERRHEIN.** Christoph Landscheidt möchte nicht als Verlierer vom Platz gehen. Der Bürgermeister der Stadt Kamp-Lintfort ist schwer enttäuscht über die Entscheidung der Landesregierung, Kleve zum Hauptstandort einer neuen Fachhochschule zu machen. In einem vierseitigen Brief richtete er sich gestern an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und bat darum „diese Entscheidung noch einmal zu überdenken.“ Ferner schreibt Landscheidt, dass „die hiesige Region alles in ihren Kräften stehende tun wird, den Landtag davon zu überzeugen, ihrer Kabinettsvorlage unter keinen Umständen zu folgen, sondern vielmehr die Entscheidung zugunsten der Wir-4-Städte im Kreis Wesel zu korrigieren.“



Dr. Christoph Landscheidt Bürgermeister Kamp-Lintfort (Foto: Peter Oelker)

Christoph Landscheidt geht in die Offensive. Mit dem Brief an Ministerpräsident Rüttgers drückt er seinen Unmut über den politischen Kabinettsbeschluss vom Dienstag aus, Kleve als Hauptstandort einzusetzen. „Die Städte Kamp-Lintfort, Moers, Rheinberg und Neukirchen-Vluyn sind nicht zuletzt deshalb mit außerordentlichem Elan und großen Erwartungen in den Wettbewerb um einen neuen Fachhochschulstandort gegangen, weil bis zu 5000 neue Studienplätze in den vom Rückzug des Steinkohlebergbaus betroffenen Regionen geschaffen werden sollten“, schreibt Landscheidt. „Und jetzt soll [...] fast die Hälfte dieser Studienplätze in einer Region geschaffen werden, die noch niemals etwas mit dem Steinkohlebergbau zu tun gehabt hat?“

### Palmen: Kleve bleibt Hauptsitz

Der Bürgermeister betont noch die starke Betroffenheit der Region vom Wegfall des Bergbaus und sieht die jetzige „kleine Filiale“ in Kamp-Lintfort nur als eine „Alibifunktion“. Die Landesregierung müsse den Bürgern erklären, dass am Standort Kleve für den Neubau der Hochschuleinrichtungen 130 Millionen Euro aus Steuergeldern in die Hand genommen werden sollen, während mit der leerstehenden, hochmodernen BENQ-Immobilie in Kamp-Lintfort eine „nahezu perfekte, verkehrsgünstig gelegene Infrastruktur zur Verfügung steht.“ Er plädiert dafür, die Kabinettsentscheidung genau umzukehren, zumindest aber Kamp-Lintfort zu einem gleichwertigen Standort zu machen.

Dieser Auffassung kann sich Wesels Landrat Ansgar Müller anschließen. Er kenne keine

Kabinettsentscheidung, die darauf hinweise, dass in Kleve 2000 und in Kamp-Lintfort nur 500 Studienplätze entstehen sollen. Aufgrund des größeren Einzugsbereiches plädiert Müller für zwei gleichberechtigte Standorte. In der Praxis solle man die Entscheidung den Verantwortlichen der künftigen Fachhochschule überlassen: „Sie werden für einen guten Start sorgen wollen.“



Manfred Palmen (Foto Dirk Schuster)

Manfred Palmen, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium (CDU), sieht das anders: „Es wird keine gleichberechtigten Standorte geben.“ Palmen weist darauf hin, dass es in der Nähe Kamp-Lintforts bereits fünf Fachhochschulen gebe und dass der Entscheidung der Jury objektive Kriterien zu Grunde liegen. „Letztendlich wird der Landtag entscheiden, wer was bekommt“, so Palmen.

#### „Was soll ich mit denen jetzt reden?“

Kleves Landrat Wolfgang Spreen schreibt der Redaktion *Wir am Niederrhein*: „Ich kann die sehr emotionale Kritik von Bürgermeister Dr. Landscheidt nicht nachvollziehen. Nachdem andere Landesregierungen über Jahrzehnte in Sachen FH nichts für unsere Region getan haben, haben wir nun Anlass, uns in beiden

Kreisen Kleve und Wesel über diese Neugründung zu freuen.“ Spreen weist darauf hin, dass auch der Kreis Kleve einen großen Verlust von Arbeitsplätzen durch den Strukturwandel in der Lebensmittel- und Schuhindustrie, den Wegfall der Grenzen und den Abbau von Bundeswehrstandorten zu beklagen habe. Der Aufruf Landscheidts sei der Sache nicht dienlich.



Landrat Spreen (Foto Dirk Schuster)

Kleves Bürgermeister Theo Brauer möchte den Brief seines Kollegen nicht kommentieren. „Ich nehme das zur Kenntnis, aber es irritiert mich schon.“ Brauer betont, wie wichtig „eine kooperative Zusammenarbeit im Sinne der Studenten“ sei. Gesprochen hätten die Kommunen in den vergangenen Wochen über die Entscheidung der Jury noch nicht. „Wir müssen ja erst einmal die Entscheidung des Landtages abwarten“, so Brauer. Landscheidt: „Was soll ich denn mit denen jetzt reden? Wir haben unterschiedliche Interessen.“ Die FH-Jury hat eine enge Kooperation der beiden Standorte vorausgesetzt.

Dass der Hauptsitz nach Kleve kommt, sieht Landscheidt auch als Verdienst der Durchsetzungsfähigkeit von Finanzminister Helmut Linsen (Südkreis Kleve) und

Staatssekretär Manfred Palmen (Nordkreis Kleve). Landscheidt bedauert, dass „seine“ Abgeordnete Marie-Luise Fasse (CDU) sich nicht habe durchsetzen können. „Ich hatte nicht den Eindruck, dass sie viel Gewicht in die Waagschale hat legen können.“

#### „Die Fachhochschule soll entscheiden“

Fasse wollte dies nicht kommentieren, sondern verwies auf ihre zahlreichen Bemühungen. Sie sieht

Kleve nur im juristischen Sinne als Hauptsitz, von einer Festlegung der Studierendenzahlen sei im Kabinettsbeschluss gar keine Rede. „Die Politik wird nicht entscheiden, wo studiert werden soll. Das muss man der FH überlassen.“

Sollte es bei der Entscheidung bleiben, wird sich Landscheidt einer Zusammenarbeit nicht verweigern: „Ich habe lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.“ Am 28. Januar wird der Landtag eine Entscheidung treffen.



Marie Luise Fasse MdL CDU